

# VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Juni 2021 | Nummer 2



**Dieselskatastrophe in der Arktis**

## Indigene fordern Mitspracherecht

**Vor gut einem Jahr ereignete sich eine der größten Umweltkatastrophen in der Arktis: Aus einem alten Tank einer Tochterfirma des russischen Rohstoffkonzerns Norinickel flossen 21'000 Tonnen Dieselöl in die umliegende Natur. Die Verschmutzung hat schwerwiegende Auswirkungen auf die dort lebenden indigenen Gemeinschaften. Die GfbV unterstützt die Bestrebungen der Betroffenen nach Selbstbestimmung und Umweltschutz und macht Druck auf internationale Investoren.**

Auf den Sümpfen der Tundra nahe der nordsibirischen Industriestadt Norilsk liegt ein schillernder, rostbrauner Film. Es ist Dieselöl aus einem alten, verrosteten Tank einer Tochterfirma des russischen Rohstoffkon-

zerns Norinickel. Am 29. Mai 2020 flossen aus diesem Tank 21'000 Tonnen Öl in die umliegende Tundra sowie in zwei Flüsse. Weil kein Damm das Auslaufen verhinderte, verteilte sich der Kraftstoff schnell auf einer Fläche von 180'000 Quadratmetern. Dies entspricht einer Fläche von etwa 26 Fussballfeldern. Über die verschmutzten Flüsse Daldykan und Ambarnaya gelangte das Öl schliesslich in den Pjassinosee. Dieser dient als grosses Trinkwasserreservoir für die Bevölkerung dieser Gegend. Unter ihnen sind zahlreiche indigene Gemeinschaften, die mehrheitlich selbstversorgend leben.

### **Eine Katastrophe für Indigene**

Die Ölkatastrophe hat die Lebenssituation der indigenen Gemeinschaften in der Region deutlich



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**



Smog, saurer Regen und verdorbenes Wasser: Norilsk in Russland, die nördlichste Grossstadt der Welt mit 150'000 Einwohnerinnen und Einwohnern, weist aufgrund des dort ansässigen Minenkonzerns Nornickel hohe ökologische Schäden auf.

verschlechtert. Zwar war es für sie schon vorher nicht einfach, sich politisch und zivilgesellschaftlich gegen die grossen Industriekonzerne zu wehren, die ihren traditionellen Lebensstil bedrohen. Doch das ausgelaufene Dieselöl führte zu einer akuten Lebensmittelknappheit: So leben die auf der Taimyr-Halbinsel ansässigen ethnischen Minderheiten der Nganasanen, Dolganen, Nenzen, Enzen und Ewenken grösstenteils von der Jagd, von der Rentierzucht und vom Fischfang in den Flüssen und Seen der Umgebung Norilsk. «Seit der Katastrophe kommen die Jäger oftmals mit leeren Händen ins Dorf zurück», sagt Gennady Schtschukin, ein Vertreter der ethnischen Minderheit der Dolganen. Denn die Rentiere haben ihr Gebiet verlassen und die Fische sind vergiftet. Damit ist die Nahrungskette unterbrochen. Das wirkt sich auch auf die Handelstätigkeiten in der Region aus. Normalerweise reisen Händler nicht nur für den Verkauf von Lebensmitteln in die Gegend, sondern auch, um von den Indigenen frisches Rentierfleisch zu kaufen. Da es im Moment nichts zu verkaufen gibt, kommen auch die Händlerinnen nicht mehr.

#### **Das Geschäft von Nornickel läuft über die Schweiz**

Der Konzern Nornickel gehört zu den profitabelsten Rohstoffunternehmen der Welt. Allerdings ist er in den letzten Jahren durch mehrere Verstösse gegen Sicherheits- und Umweltvorschriften aufgefallen. So verpesteten die Schmelzereien in Norilsk die Luft seit Jahren mit Schwefeldioxid. Zudem sind schwere Betriebsunfälle, die illegale Entsorgung von Abwasser in Flüssen, der Austritt von Eisenoxid aus einer ihrer Fabriken und der Bruch

einer Ölpipeline dokumentiert. Es besteht deshalb der begründete Verdacht, dass Nornickel auf Kosten von Umwelt und Sicherheit massive Gewinne erwirtschaftet. Im Jahr 2019 erzielte das Unternehmen einen Reingewinn von 6 Milliarden US-Dollar, wovon 4.8 Milliarden US-Dollar den Aktionärinnen und Aktionären ausgezahlt wurden. Dagegen werden die Infrastruktur sowie Sicherheits- und Umweltschutzmassnahmen vernachlässigt. Wohl aus steuertechnischen Gründen betreibt Nornickel seinen weltweiten Handel über die Tochterfirma Metal Trade Overseas mit Sitz in Zug.

#### **Unbequeme Fragen sind unerwünscht**

In Bezug auf die negativen Auswirkungen auf die indigenen Gemeinschaften gibt sich Nornickel öffentlich kooperationsbereit: Neben Entschädigungszahlungen kündigte der Konzern zusammen mit der Indigenen-Organisation RAIPON ein Entwicklungsprogramm für die betroffenen Gemeinschaften im Wert von 25 Millionen US-Dollar an. Von Vertreterinnen und Vertretern anderer Indigenen-Organisationen wird RAIPON aufgrund ihrer fehlenden Unabhängigkeit allerdings stark kritisiert. Auch Pavel Sulyandziga wirft Nornickel vor, sich Einfluss und Einverständnis zu erkaufen. Er ist Präsident der Batani Foundation zur Stärkung von Indigenenrechten und sagte gegenüber dem «Barents Observer» im März dieses Jahres: «Diejenigen, die unbequeme Fragen über Verletzungen von Vorschriften und über andere Probleme stellen, werden vom Förderprogramm einfach ausgeschlossen». Zudem wer-

den damit nur soziale, kulturelle und infrastrukturelle Projekte angegangen. Die zentralen Fragen zu Landrechten, Ressourcennutzung und Kompensationsmechanismen werden ihm zufolge von Nor Nickel nicht ernsthaft thematisiert.

### Indigene Gemeinschaften wehren sich

Da ihre Forderungen in Russland zu wenig gehört werden, üben indigene Gemeinschaften Druck auf internationale Beteiligte aus. Das russische Indigenen-Netzwerk Aborigen Forum lancierte im August 2020 eine internationale Kampagne und schrieb einen offenen Brief an Tesla-CEO Elon Musk. Darin wird Musk aufgefordert, seine Geschäftsbeziehungen mit Nor Nickel zu sistieren, bis der Konzern den Umgang mit den indigenen Gemeinschaften in Übereinstimmung mit der UNO-Deklaration über die Rechte indigener Völker gestaltet. Auch die deutsche Batterien-Firma BASF wurde mit ihren Geschäftsbeziehungen mit Nor Nickel konfrontiert. Mit Unterstützung der GfbV gehen nun die Indigenen aus Russland die Schweizer Banken Credit Suisse, UBS und Pictet an, die zu den Finanzgeberinnen der Rohstofffirma gehören. Sie weisen die Banken auf die Umwelt- und Menschenrechtsverstösse des Konzerns hin und fordern sie dazu auf, Einfluss auf Nor Nickel zu nehmen. Ziel der GfbV ist, den Konzern durch Druck von Schweizer Investoren zur Einhaltung des Selbstbestimmungsrechts der indigenen Gemeinschaften zu bewegen.



FOTO: GENNADY SCHITSCHUKIN

Der Fluss Ambarnaja verfärbte sich rot, nachdem Tausende Tonnen Dieselöl aus einem alten Tank von Nor Nickel ausgelaufen waren.

Text: **Lea Künzli** GfbV-Praktikantin Kampagnen



## Editorial

*Tausende von Tonnen Dieselöl flossen aus einem alten Tank in umliegende Gewässer, Rauch einer brennenden Mülldeponie legte sich über die Tundra, Kerosin gelangte aus einer beschädigten Pipeline in die Umwelt, Giftstoffe wurden aus einem Abwasserbecken in den Fluss gepumpt und der Einsturz einer Produktionshalle kostete drei Menschen das Leben – es ist eine erschütternde Chronik, die das Rohstoff-Unternehmen Nor Nickel alleine im Jahr 2020 zu verantworten hatte. Seit Jahren erwirtschaftet der russische Konzern in der arktischen Tundra riesige Profite auf Kosten von Mensch und Umwelt. Das gefährdet insbesondere die ansässige indigene Bevölkerung.*

*Diese Ereignisse gehen auch die Schweiz etwas an. Denn Nor Nickel betreibt seinen weltweiten Handel über eine Tochterfirma mit Sitz in Zug, zudem haben Schweizer Banken Anteile am Mutterkonzern. Erfahren Sie mehr darüber auf den Seiten 1-5.*

*Wenn es um die Abwägung von Menschenrechten und Wirtschaftsinteressen geht, so steht die Schweizer Regierung in ihrer Beziehung mit der Volksrepublik China an einem kritischen Punkt. Während die USA, die EU und weitere Länder neuerdings klare Haltung zeigen, hält sich die Schweiz zurück. Doch der Druck des Parlaments für konkrete Massnahmen steigt. Lesen Sie auf Seite 6-7, was sich in der vergangenen Frühlingssession – auch dank dem Engagement der GfbV – bewegt hat.*

*Unser Einsatz für Indigene und Minderheiten ist nur möglich dank Ihrer Spende oder Mitgliedschaft.*

*Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und eine spannende Lektüre!*

Tabea Willi, GfbV-Kampagnenleiterin

### IMPRESSUM

VOICE 2, Juni 2021 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch  
**Redaktion:** Amy Douglas und Bettina Wyler **Layout:** Tania Brügger Márquez  
**Mitarbeit an dieser Nummer:** Julia Büsser, Fabienne Krebs, Lea Künzli, Tabea Willi **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 3800 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** : CHF 30.-/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 80.-/Jahr **Titelbildfoto:** Petr Shelomovskiy / Greenpeace

# Spuren der Verwüstung

In der nordsibirischen Industriestadt Norilsk erwirtschaftet ein Minenkonzern den größten Profit Russlands - auf Kosten der Umwelt und der Lebenssicherheit der ansässigen indigenen Bevölkerung.



Die Taimyr-Halbinsel ist Lebensraum von circa 10'000 Indigenen. Sie gehören den ethnischen Minderheiten der Ngasanen, Dolganen, Nenzen, Enzen und Ewenken an.

Die Nahrungssicherheit der indigenen Bevölkerung ist stark bedroht: Ausgelaufenes Dieselöl und weitere Industrieabfälle verschmutzen Flüsse und Seen, sodass Fische vergiftet werden und Rentiere das Gebiet verlassen.



Nornickel ist das profitabelste Unternehmen Russlands mit 14 Milliarden Dollar Umsatz und 6 Milliarden Dollar Gewinn im Jahr 2019.<sup>1</sup>

Die Metalle werden über die Schweizer Firma Metal Trade Overseas AG vertrieben.

2019 hat die Credit Suisse für 172 Millionen Franken Aktien von Nornickel gekauft.

## TIMELINE

**2016**

Eisenoxid gelangt aus dem Werk «Nadejda» in die Umwelt. Der Fluss Daljkan verfärbt sich rot.

**29. Mai 2020**

- 21'000 Tonnen Dieselöl laufen aus einem alten Tank einer Tochterfirma von Nornickel in die Umwelt.
- Trotz schwimmenden Barrieren erreichen giftige Bestandteile den Pjassinosee und den daraus gespeisten Pjassinofluss.<sup>3</sup>
- Der geschätzte ökonomische Schaden für die betroffenen indigenen Gemeinschaften beläuft sich auf 2 Millionen Franken.<sup>4</sup>

**28. Juni 2020**

Mit Giftstoffen verseuchtes Wasser wird aus einem Abwasserbecken von Nornickels Anreicherungsanlage in Talnach in den Fluss Charajelach gepumpt.

**29. Juni 2020**

Auf einer Mülldeponie mit Industrieabfall von Nornickel bricht ein Feuer aus. Der Rauch breitet sich über die Tundra aus und schadet Flora, Fauna und Menschen.

**12. Juli 2020**

Beim Bruch einer Pipeline von Norilsk-Transgaz gelangen 44.5 Tonnen Kerosin in die Umwelt.

**September 2020**

Nornickel kündigt an, in Kooperation mit der staatlichen Indigenenorganisation RAIPON ein Programm zur Förderung und Entwicklung der indigenen Gemeinschaften auf der Taimyr-Halbinsel für ca. 25 Millionen Franken umzusetzen.

**Januar 2021**

Einige indigene Gemeinschaften erhalten Entschädigungszahlungen von Nornickel.

**5. Februar 2021**

Ein Gericht verurteilt die Tochterfirma von Nornickel wegen des Diesel-Unfalls zu einer Geldstrafe von 1.87 Milliarden Franken. Es ist die höchste Strafe, die in Russland je für ein Umweltvergehen ausgesprochen wurde.

**20. Februar 2021**

Ein schwerer Arbeitsunfall in einer Verarbeitungsanlage in Norilsk kostet drei Menschen das Leben, drei weitere werden verletzt.

**Heute**

Wird Nornickel in Zukunft die betroffenen indigenen Gruppen ernsthaft anhören und die Sicherheitsstandards für Industrieanlagen erhöhen?

1 Duparc, Agathe: Serien-Umweltsünder Norilsk Nickel vertreibt seine Metalle von Zug aus, In: Intransparenz, Skandale, Prozesse: die Schweiz und ihre Rohstoffhändler, Public Eye Magazin Nr. 25, September 2020.

2 Inozemtsev Vladislav: How Nornickel became the Arctic's biggest polluter, the Moscow Times, 28.09.2020. <https://www.themoscowtimes.com/2020/09/28/how-nornickel-became-the-arctic-biggest-polluter-a71572>

3 Kavanoşyan, Gregori: NORILSK / Lügen entlarven und Potanin ansprechen, Youtube, 19.06.2020. <https://www.youtube.com/watch?v=ZlsyN8JsRvA>

4 Moore, Alexander: Die Schäden für die indigenen Völker des Nordens durch den Unfall in Norilsk werden auf 170 Millionen Rubel geschätzt, Babr24.com, 21.12.2020.

<http://babr24.com/kras/?IDE=208531>

## Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan

# Schweizer Unternehmen stehen in der Verantwortung

**Neuste Berichte wie der «Nankai Report» über Zwangsarbeit zeigen die genozidalen Züge der Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan (chinesisch Xinjiang) auf. Obwohl Schweizer Firmen Geschäftsbeziehungen in die Region unterhalten und teilweise auch vor Ort tätig sind, bleiben die Massnahmen der Schweiz hinter denjenigen des Auslands zurück. Auch die neue China-Strategie des Bundes liefert hier keinen Orientierungsrahmen. Die GfbV fordert konkrete Massnahmen für eine kohärente Menschenrechtspolitik, welche die Bereiche Wirtschaft und Menschenrechte verbindet.**

Internierungslager, Zwangsarbeit, Zwangssterilisation und systematische Vergewaltigungen: Seit den «China Cables» von November 2019 häuft sich die Berichterstattung über drastische Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan. Im März 2021 veröffentlichte der Forscher Adrian Zenz den «Nankai Report». Dieser zeigt, dass sogenannte Arbeitskräfte-Transferprogramme «mit der Absicht durchgeführt werden, ethnische Minderheiten gewaltsam aus ihren Kerngebieten zu vertrei-

ben, ihre Bevölkerungsdichte absichtlich zu verringern und homogene Gemeinschaften auseinander zu reissen.» Kanada, die USA und die Niederlande haben die Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan offiziell als «Genozid» bezeichnet und die EU hat Ende März erstmals seit drei Jahrzehnten Sanktionen gegen vier chinesische Funktionäre und eine chinesische Institution verhängt.

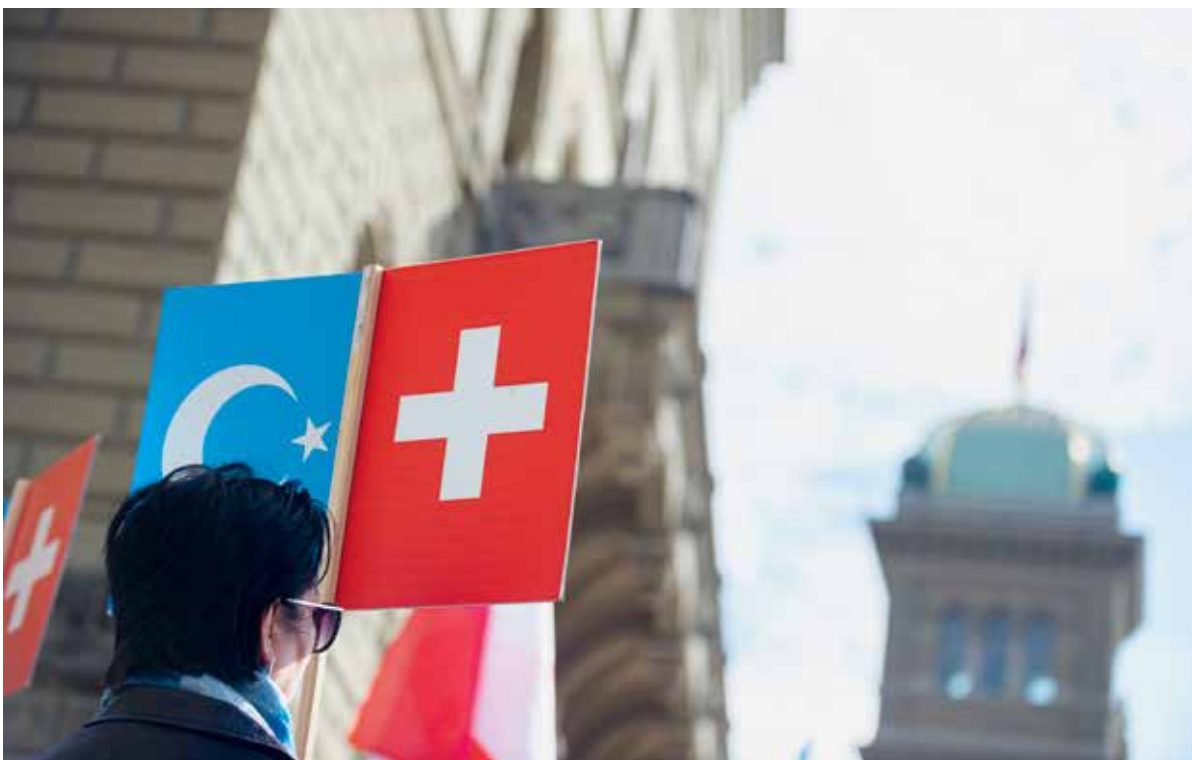
**Etwas Sorge, aber keine Konsequenzen** Ebenfalls im März präsentierte der Bundesrat die China-Strategie, welche der Schweiz laut Aussenminister Ignazio Cassis von nun an als «Kompass» im Umgang mit China dienen soll. Darin wird aufgezeigt, dass sich das langjährige Glaubensprinzip «Wandel durch Handel» nicht bewahrheitet hat, sondern sich sowohl die Menschenrechtssituation als auch die Bereitschaft Chinas, darüber zu sprechen, verschlechtert haben. Ausserdem habe die Überwachung und Beeinflussung von China in der Schweiz zugenommen. Mit den Worten «lieber ein schwieriger Dialog als gar keiner» hält Cassis aber am alten Vorgehen fest und griffige Massnahmen für eine kohärente Menschenrechtspolitik feh-

len in der Strategie. Lisa Mazzone, Ständerrätin und Präsidentin der GfbV, sagt dazu: «Dass ausser Dialog und sanfter Kritik in der China-Strategie keinerlei Sanktionen in Betracht gezogen werden, ist in Bezug auf die Dramatik der Vorkommnisse in China nicht angemessen.»

### Schweizer Parlament will mehr

Doch während der Bundesrat diese vage China-Strategie vorlegt, trägt die langjährige Arbeit der GfbV im Parlament Früchte. Der Nationalrat hat einer Petition der Tibet-Organisationen und der GfbV Folge geleistet und in der Frühlingsession zwei Postulaten zugestimmt: Einerseits wird der Bundesrat den Menschenrechtsdialog mit China evaluieren und andererseits einen Bericht zur Situation der tibetischen Gemeinschaft in der Schweiz erstellen. Das zeigt, dass auch bei vielen Parlamentarierinnen und Parlamentariern das Bedürfnis nach einem kohärenten, werdebasierten Umgang mit China zunimmt. Zusätzlich haben National- und Ständeräte aus vier Parteien weitere Vorstösse eingereicht: Der Bundesrat solle die Sanktionen der EU übernehmen, die Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan als Genozid

FOTO: FRANZISKA RÖTHENBÜHLER



Geschäftsbeziehungen mit chinesischen Firmen in Ostturkestan trotz Zwangsarbeit: Exil-Uigurinnen und -Uiguren fordern die Priorisierung der Menschenrechte vor kurzfristigen Wirtschaftsinteressen.



Der Nationalrat ist einer Petition von Tibet-Organisationen und der GfbV gefolgt und hat den Bundesrat mit konkreten Massnahmen beauftragt.

bezeichnen, einen Bericht zur Situation der uigurischen Gemeinschaft in der Schweiz erstellen und aufzeigen, was gegen Chinas wachsende Beeinflussung an Schweizer Universitäten unternommen wird.

### Schweizer Unternehmen müssen aktiv werden

Auch im Bereich Wirtschaft macht das Parlament Druck: Die GLP-Nationalrätin Corina Gredig will den Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative auf Zwangsarbeit ausweiten und die Grünen-Nationalrätin Sibel Arslan will wissen, was der Bundesrat unternimmt, damit Unternehmen ihre menschenrechtliche Verantwortung in Ostturkestan wahrnehmen. Die GfbV begrüsst dieses Vorgehen und freut sich über die politische Unterstützung. Bis anhin wurden das Prinzip «Wandel durch Handel» sowie der Menschenrechtsdialog mit China von Bundesrat und Teilen des Parlaments oft als Ausrede benutzt, um das Thema Menschenrechte in den Wirtschaftsbeziehungen auszuklammern. So bietet zum Beispiel das Freihandelsabkommen der Schweiz mit China keinerlei Handhabe, um den Import von Produkten aus Zwangsarbeit zu verhindern. Gleichzeitig zeigen Medienberichte die Geschäftsbeziehungen von Schweizer Unternehmen zu chinesischen Firmen in Ostturkestan auf, welche in den USA auf der schwarzen Liste stehen. Anfragen an diese Unternehmen wurden bisher nur ungenügend beantwortet. Die GfbV fordert die Schweizer Unternehmen auf, aktiv zu werden und etablierte internationale Standards im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte umzusetzen. In einem Brief hat sich die GfbV deshalb beim Schweizer Verband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie Swissmem erkundigt, wie er seine Mitglieder in der Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung in der Region Ostturkestan unterstützt.

Text: **Fabienne Krebs** GfbV-Praktikantin Kampagnen

## Das «Gesetz der Zerstörung»

Die Indigenen-Reservate sind der brasilianischen Regierung schon lange ein Dorn im Auge. So stellen sie für Präsident Jair Bolsonaro und Vertreterinnen und Vertreter der Agrarwirtschaft im Parlament ein lästiges Hindernis bei der «Erschliessung» und «wirtschaftlichen Nutzung» des Landes dar. Deshalb liegen nun mehrere Gesetzesentwürfe vor, welche den Umweltschutz und die Landrechte von Indigenen untergraben. Eines davon ist das Projeto Lei 191, über welches die Abgeordnetenkammer abstimmen soll. Das Gesetz sieht vor, sowohl den Kleinbergbau wie den industriellen Bergbau in Indigenen-Reservaten zu legalisieren. Zudem will es dort die Förderung von Erdgas und Erdöl, den Bau von Infrastrukturprojekten und den Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut zulassen.

Der indigene Leader Juarez Munduruku warnt vor dem Gesetz: «Wenn dieses Gesetz angenommen wird, wird es uns Munduruku noch mehr Krankheit und Zerstörung bringen.» Zusammen mit der indigenen Dachorganisation APIB, der Munduruku-Organisation Pariri und der Kampagnenorganisation Sum Of Us hat die GfbV eine Petition gegen dieses Gesetz lanciert. Gemeinsam fordern sie das brasilianische Parlament auf, das Gesetz abzulehnen und als verfassungswidrig einzustufen.

Denn das Recht der indigenen Gemeinschaften auf territoriale Anerkennung ist eigentlich seit 1988 in der brasilianischen Verfassung verankert. Der Status «indigenes Territorium» entspricht dabei der höchsten Schutzkategorie in Brasilien. Über die Amazonasregion hinaus soll er indigenen Gemeinschaften territoriale Selbstbestimmung garantieren und die Flora und Fauna schützen. Tatsächlich befindet sich über die Hälfte des intakten Amazonas in Indigenen-Reservaten oder anderen Schutzgebieten. Die Indigenen-Reservate spielen somit eine wichtige Rolle beim Erhalt des Amazonas und der Regulierung des regionalen und globalen Klimas.

Text: **Julia Büsser** GfbV-Kampagnenleiterin



## «China erhält eine Sonderbehandlung»

Der China-Experte Ralph Weber lehrt und forscht am Europainstitut in Basel zur chinesischen Einflussnahme und Machtpolitik.

Interview Amy Douglas GfbV-Praktikantin Kommunikation / Foto: ZVG

### Ralph Weber, die kommunistische Partei China geht unter anderem in Ostturkestan (chinesisch Xinjiang) gewaltsam und systematisch gegen Minderheiten vor. Was ist das Ziel dieser Unterdrückung?

Bei allem, was die kommunistische Partei tut, steht letztlich ihr Machterhalt im Vordergrund. In Xinjiang geht es ihr um die territoriale Integrität, den Zugang zu Ressourcen und die Sicherung der Provinz als Transitkorridor. Wie überall in der Volksrepublik China sollen die Menschen zudem auf Linie gebracht werden. Angesichts der ethnischen, kulturellen und religiösen Differenz geht man in Xinjiang seit Jahren äusserst drastisch vor. Es gibt derweilen Hinweise darauf, dass man dort auch Systeme der Überwachung und Repression testet, die dann anderswo eingesetzt werden sollen.

### Im Gegensatz zur EU, weiteren europäischen Ländern und den USA hält sich die Schweiz zurückhaltend mit Reaktionen. Warum?

China kann sich als Grossmacht vieles erlauben und hat mit dem wirtschaftlichen Aufstieg zunehmend eine Sonderbehandlung erhalten. Da gibt es zahlreiche Abhängigkeiten, das Versprechen des riesigen chinesischen Marktes und die Vision einer globalen Wirtschaftszukunft, die für viele ohne die Volksrepublik China nicht denkbar ist. Man fürchtet aber auch schlicht die Konsequenzen. In der neuen China-Strategie betont der Bundesrat die Eigenständigkeit. Doch ist das eine eigenständige Politik, wenn man von der Prämisse ausgeht, den chinesischen Parteistaat keinesfalls allzu fest verärgern zu dürfen?

### In manchen Diskussionen wird die verfassungsgemässe Neutralität als Argument gegen Konsequenzen vorgebracht.

Neutralität wird in diesen Diskussionen als ein Ziel an sich romantisiert. Doch das moderne Neutralitätsverständnis, das auch Bundesbern anwendet, ist kein Ziel an sich, sondern ein Instrument, um andere Ziele zu verfolgen. Die Schweizer Neutralität steht der Ahndung von Menschenrechtsverletzungen nicht im Weg.

### Wäre eine klare Positionierung gegen die Menschenrechtssituation in China eine zu grosse Gefährdung für die Wirtschaftsinteressen der Schweiz?

Das ist eine Frage, die letztlich die Schweizer Bevölkerung beantworten muss. Wenn wir das Verhältnis zur Volksrepublik China neu ordnen möchten, kommt das sicherlich mit Kosten daher. Es ist

aber lapidar, diese Diskussion als «Menschenrechte versus Wirtschaftsinteressen» zu rahmen. Sind denn Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz langfristig nicht vielleicht wirtschaftsförderlich? Unternehmen sind in China ja übrigens nicht freie Marktakteure, sondern unterliegen – sogar zunehmend – der Kontrolle und Führung durch die Partei.

### Wie sähe denn der richtige Umgang mit China aus?

Wir müssen die Kanäle mit China offenhalten, aber unsere Werte und die liberale Weltordnung mit einem funktionierenden Multilateralismus einfordern und Kooperationen auch beenden, wenn die Bedingungen nicht mehr stimmen. Das muss konsequent, aber Schritt für Schritt passieren, schliesslich hat niemand Interesse an einer Eskalation.

### Können Sie ein Beispiel nennen?

Zunächst müssen wir die kommunistische Partei China als zentralen Akteur besser kennen. Und dann sollten wir zu einer Kooperation zurückkehren, die auf Wechselseitigkeit beruht und an klare Bedingungen geknüpft ist. Das kann nur klappen, wenn man Abhängigkeiten reduziert, kluge Allianzen eingeht und in internationalen Gremien dezidiert auf Menschenrechte besteht.

### Stichwort China-Kompetenz: Besitzt die Schweizer Regierung die notwendige Expertise über das politische und wirtschaftliche System Chinas?

Vergleicht man die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Volksrepublik China für die Schweiz mit der Chinakompetenz des Bundes, so ist diese eher bescheiden. Es sind zwar gute Leute, die sich mit der Thematik befassen, aber meines Erachtens zu wenige.

### Was denkt die Han-chinesische Bevölkerung über die Situation im eigenen Land?

Es ist kaum möglich zu eruieren, was die Bevölkerung in einer nicht-freiheitlichen Gesellschaft wirklich denkt. Die Han-chinesische Bevölkerung ist pluralistisch und umfasst Regimegegner wie -befürworter, aber auch Menschen, die sich arrangieren und ihr Leben einfach nur leben wollen, und wiederum andere, die sich immer wieder kreative Freiräume schaffen. Aber diese möglichen Freiräume sind immer kleiner geworden.